

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 848 pbbn d
Teletax: 9 15 20-12



Inhalt

Wolfgang Roth MdB zum Jahresgutachten 1992/1993 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Note Mangelhaft für Bonner Finanzpolitik.

Seite 1

Rudolf Müller MdB zum Verhältnis zu den Vereinten Nationen: Deutschland - noch immer ein Feindstaat?

Seite 2

Rudolf Scharping zum 15. Todestag des Bundesschatzmeisters der SPD: Wilhelm Dröscher ist unvergessen.

Seite 3

Dokumentation

Der SPD-Parteitag hat eine Resolution "Gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit" verabschiedet: Menschenrechte schützen, Gewalt widerstehen. Wortlaut

Seite 4

47. Jahrgang / 221

16. November 1992

Note Mangelhaft für Bonner Finanzpolitik

Zum Jahresgutachten 1992/1993 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Von Wolfgang Roth MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Deutschland ist in einer wirtschaftlichen Rezession. In seiner zurückhaltenden Sprache schreibt der Sachverständigenrat, daß die wirtschaftliche Entwicklung Gefahr läuft, auf eine abschüssige Bahn zu geraten, weil Nachfrage und Produktion spürbar abnehmen (Ziffer 18¹⁾). Nur eine nachhaltige Belebung der Weltwirtschaft könne jetzt noch eine tiefe Wirtschaftskrise verhindern. Der Sachverständigenrat hat also die Hoffnung auf eine Heilung durch innere Wirtschaftsbelebung, insbesondere die Hoffnung auf die deutsche Wirtschaftspolitik aufgegeben. Im kommenden Jahr werden 5,2 Millionen Arbeitnehmer ohne reguläre Beschäftigung sein. Damit bestätigt der Sachverständigenrat die schlimmsten Befürchtungen. Wie die SPD nennt er als Hauptursache für die Misere die unehrliche und verfehlte Finanzpolitik von Kohl und Waigel im Zusammenhang mit der deutschen Einheit.

Die chaotische Finanzpolitik und die durch Inkompetenz gezeichnete Wirtschaftspolitik hat die Investoren tief verunsichert. Waigels unverantwortliche Schuldenpolitik hat die Zinsen hochgetrieben und Investitionen verhindert. Die Wirtschaft hat den Eindruck, wie der Sachverständigenrat wörtlich schreibt, daß die Wirtschaftspolitik ihre Aufgaben nicht mehr angemessen zu bewältigen vermag (Ziffer 26⁷⁾) und auch für die Zukunft nicht in der Lage sein wird, mit den anfallenden Herausforderungen fertig zu werden (Ziffer 8³⁾). Gesamtnote "MANGELHAFT"!

Wie die SPD, so fordert auch der Sachverständigenrat jetzt die öffentlichen Haushalte mittelfristig zu konsolidieren, um der Bundesbank die Möglichkeiten zu geben, die Zinsen zu senken und die Investitionstätigkeit anzukurbeln. Dazu ist ein glaubwürdiges Gesamtkonzept aus Ausgabenkürzungen, Umschichtungen und Einnahmeverbesserungen zu beschließen. Auch die vom Sachverständigenrat bestätigte Gerechtigkeitslücke bei der Finanzierung der deutschen Einheit muß dabei durch eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer geschlossen werden (Ziffer 63³⁾).

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzzeichen Ökolog
nur werbefrei
Kreuzzeichen Ökolog



Der Sachverständigenrat unterstreicht nachdrücklich die auch von der SPD seit langem geforderte aktive Wachstums- und Modernisierungspolitik in Ost und West zur Schaffung von mehr Wettbewerbsfähigkeit und dauerhaften Arbeitsplätzen.

Wie die SPD hält auch der Sachverständigenrat eine aktive Arbeitsmarktpolitik für unverzichtbar. Soweit in der Abwälzung der Kosten auf die Arbeitslosenversicherung Fehler gemacht worden sind, fordert der Sachverständigenrat eine Korrektur (Ziffer 48 *).

Beim Aufbau Ost sind Fehler über Fehler gemacht worden. Unerfüllbare Erwartungen und falsche Weichenstellungen bei der Währungsunion haben zu einer tiefen Strukturkrise in der Wirtschaft der neuen Bundesländer geführt. Eine Trendwende bei der Entindustrialisierung und Arbeitsplatzvernichtung in Ostdeutschland kann der Sachverständigenrat nicht erkennen. Er sieht vielmehr die Gefahr hoher, langanhaltender Dauerarbeitslosigkeit. Der Sachverständigenrat meint, daß das wirtschaftliche Zusammenwachsen Deutschlands sogar auf dem Spiel steht (Ziffer 43 *). Ein Scheitern hier bedroht darüber hinaus die Vollendung der wirtschaftlichen Integration Europas (Ziffer 263).

Kohl versagt nicht nur bei der deutschen Einheit, sondern gefährdet auch die Grundlagen der europäischen Einigung.

Die SPD will Ostdeutschland eine tragfähige Perspektive über die bestehende Förderung geben. Deswegen müssen die bestehenden Förderinstrumente durch eine aktive Strukturpolitik ergänzt werden. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind zu sichern, neue international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind zu schaffen. Die Forschungslandschaft in Ostdeutschland muß erhalten und weiterentwickelt werden.

Bemerkenswert ist, daß der Sachverständigenrat in das Klage lied über das Hochlohnland Deutschland nicht einstimmt (Ziffer 53 *). Vielmehr fordert er, daß die Voraussetzungen im Bereich Humankapital, Forschung und Entwicklung und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen dafür günstig gestaltet werden müssen (Ziffer 54 *).

(-/16. November 1992/rs/ks)

Deutschland - noch immer ein Feindstaat? Zum Verhältnis zu den Vereinten Nationen

**Von Rudolf Müller MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten des Bundestages**

Nicht nur die EG und WEU, auch die UNO hat auf dem Balkan total versagt. Völkermord und Vertreibung sind durch das Verhalten nicht zuletzt der Vereinten Nationen wieder zu einem Mittel der Politik geworden. Wer sich nicht selbst oder mit Hilfe eines Verbündeten wehren kann, dem werden die UN auch nicht helfen, das ist die Botschaft des zerfallenden Jugoslawiens.

Für uns Deutsche sollte das Anlaß sein, ein paar kritische Fragen nicht nur an uns selbst, sondern auch an die Vereinten Nationen zu richten (unsere Regierung nicht zu vergessen). Noch immer gelten die "Regionalen Abmachungen" (Artikel 52-54 UN-Charta) oder die "Übergangsbestimmungen betr. die Sicherheit" (Artikel 106 und 107). Dort ist bis heute der Begriff "Feindstaat" festgeschrieben, als der jeder Staat bezeichnet wird, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichnerstaats der UN-Charta war. Und mit Artikel 107 gilt noch immer der Vorbehalt gegenüber "Feindstaaten" des Zweiten Weltkriegs, wonach Maßnahmen gegen solche Staaten (also zum Beispiel Deutschland) "durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt" werden. Was das formaljuristisch oder theoretisch für Konse-

quenzen hat, soll hier nicht ausgemalt werden, zumal kein verantwortlicher Politiker der ehemaligen Siegermächte im Ernst daran denkt, Deutschland noch als Feindstaat zu behandeln. Trotzdem muß man die Frage stellen, warum in einer Zeit, in der ernsthaft über den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der UN nachgedacht wird, solche Artikel nicht endlich gestrichen und zwar einstimmig gestrichen werden. Wenn das nicht geschieht, muß doch wohl Überlegt werden, ob unter solchen Voraussetzungen deutsche Soldaten überhaupt der UN zur Verfügung gestellt werden können.

Keine Regierung eines freien Landes kann etwas dagegen tun, daß in ihrer veröffentlichten Meinung noch immer Stimmung gegen Deutsche gemacht wird, die in der Masse, ebenso wie Bill Clinton, nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden und die ihr demokratisches und friedliebendes Verhalten inzwischen bewiesen haben. Die Randalierer von Rostock und anderswo beweisen trotz aller Gefahren, die sich aus einem solchen radikalen Potential ergeben könnten, keineswegs das Gegenteil. Eher ist zu vermuten, daß für rechtsextreme Parteien, die wirklich gefährlich werden könnten, der Feindstaatenparagraph ein zusätzlicher Anlaß sein würde. Nationalismus zu schüren.

Es ist für jeden Deutschen, der bereit ist, für Freiheit, Demokratie und gegen einen neuen Nationalismus einzutreten, ein Affront, noch immer als Bürger eines Feindstaates eingestuft zu werden, während Staaten, die noch heute - ein halbes Jahrhundert nach Hitler - Verbrechen gegen die Menschenrechte dulden oder begehen, offenbar UN-Mitglieder erster Klasse sind. Natürlich ist das Wahrscheinlichste, daß bisher niemand an eine Änderung der entsprechenden Artikel gedacht hat. Umso leichter sollte es sein, solche Relikte aus der UN-Charta zu entfernen. Sollte jemand etwas dagegen haben, wüßten wir wenigstens, wer uns - wenn schon nicht als Freund - so doch ehrlich nicht als gleichberechtigten Partner betrachtet.

(-/16. November 1992/rs/ks)

Wilhelm Dröscher ist unvergessen

Zum 15. Todestag des Bundesschatzmeisters der SPD

Von Rudolf Scharpling

Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz

Der Mann, den erst enge Freunde und schließlich unzählige Menschen in Rheinland-Pfalz den "guten Menschen von Kim" nannten - Kim an der Nahe war seine Heimat -, ist in den rheinland-pfälzischen Gemeinden nicht vergessen, aber auch viele Sozialdemokraten in Deutschland erinnern sich an ihn, für den aktive Politik stets auch unmittelbares Miteinander für Bürgerinnen und Bürger war, in Dankbarkeit.

Vor 15 Jahren, am 18. November 1977, auf dem Bundesparteitag in Hamburg, riß ein schweres Herzleiden den damaligen Bundesschatzmeister - wenige Minuten vor dem Finanzbericht, den er den Delegierten erstatten wollte - mitten aus seiner Arbeit für die Partei und die Menschen. Wilhelm Dröscher, den seine engsten Freunde kurz "Lem" nannten, wußte um seine schwere Erkrankung. Aber er ließ sich gleichwohl nicht von der Arbeit an der Spitze der Bundespartei abhalten, wo er, der vormalige Bundes- und Landtagsabgeordnete, die Nachfolge von Alfred Nau angetreten hatte - auf Wunsch von Willy Brandt. Schon vor der Übernahme des Amtes des Schatzmeisters hatte ihm das Präsidium in einer besonders schwierigen Situation den Vorsitz in der sogenannten "Geschäftskommission" des Parteivorstandes übertragen, also die Zuständigkeit für das Parteivermögen, vor allem für die der SPD gehörenden Zeitungen und Druckereien. Er, der gelehrte Kaufmann, der Bilanzen lesen und analysieren konnte, hatte schwerwiegende Entscheidungen zu treffen, die nicht nur Zustimmung fanden. Heute wissen wir, daß seine Vorschläge eine wesentliche Grundlage dafür waren, daß die Gesamtpartei mittel- und längerfristig finanziell auf feste Grundlagen gestellt werden konnte.

Wilhelm Dröscher hat lange und erfolgreich an der Spitze der SPD in Rheinland-Pfalz gearbeitet, als Bezirks- und Landesvorsitzender, ab 1971 als Oppositionsführer und Gegenspieler des damaligen Ministerpräsidenten Helmut Kohl. Es war ihm nicht vergönnt, die CDU in der Führung der Landesregierung abzulösen, aber er schuf eine stabile Landespartei, die in der Regel eine gute 40-Prozent-Marke garantierte, er schuf die Voraussetzungen dafür, daß die SPD Rheinland-Pfalz vierzehn Jahre nach seinem Tode das Ziel erreichte, stärkste Partei im Lande zu werden und die Union nach fast viereinhalb Jahrzehnten in die Opposition zu verweisen. In den 70er Jahren, als er der führende Kopf der Sozialdemokraten war, begann das Wachsen der Partei in der 'Diaspora der SPD', an Mosel, Eifel oder in der Südpfalz. Aber Wilhelm Dröscher, vordem delegierter Abgeordneter im Europäischen Parlament, war auch von Mainz und Bonn aus in Europa engagiert. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft wählten den damaligen Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD in Mainz zu ihrem Präsidenten, der in dieser Funktion auch die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 vorbereiten ließ, bis 1977 sein Tod auch diese Arbeit unterbrach.

Wilhelm Dröscher ist unvergessen. Er ist nicht nur in den Herzen vieler fest verankert, an ihn erinnern auch die Wilhelm-Dröscher-Stiftung in Kirn und die Wilhelm-Dröscher-Medaille, die Stiftung und Landesvorstand der SPD Rheinland-Pfalz an Frauen und Männer verleihen, die sich im Geiste Dröschers verdienstvoll und uneigennützig im sozialen und kommunalen Bereich sowie für die Sozialdemokratie und die europäische Einigung einsetzen. An dieser Stelle auch noch ein Wort dankbarer Erinnerung für Lydia Dröscher, die nach Wilhelm Dröschers Tod auch in der Kommunalpolitik in Kirn arbeitete und die Wilhelm-Dröscher-Stiftung aufbaute und leitete, die gerade in den letzten Wochen angekündigte, sich stärker gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt zu engagieren.

(-/16. November 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Menschenrechte schützen, Gewalt widerstehen

Der SPD-Parteitag hat am Montag eine Resolution 'Gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit' verabschiedet. Der Wortlaut:

Sich einmischen statt wegschauen: Demokratie und Menschenrechte schützen, Gewalt widerstehen.

I.
"Die Würde des Menschen ist unantastbar" - es gibt beschämende Gründe, in Deutschland wieder an dieses erste und grundlegende Gebot unseres Grundgesetzes erinnern zu müssen.

Rechtsextreme Gewalttäter machen Jagd auf Ausländer; sie werfen Brandbomben auf Unterkünfte von Asylbewerbern, prügeln Menschen zu Tode oder schlagen sie krankenhausauf; sie schänden jüdische Friedhöfe und zerstören Gedenkstätten für die Opfer der Nazi-Barbarei. Die alltägliche Gewalt gegenüber Fremden und Ausländern nimmt zu.

Hier gilt mehr denn je: wehret den Anfängen. Fremdenhaß ist Menschenhaß. Jeder Angriff auf einen Mitbürger jüdischen Glaubens, jeder Angriff auf einen Ausländer oder einen Asylbewerber ist ein Angriff auf unsere Verfassung, auf unsere Demokratie, auf uns selbst. Heute sind es Ausländer, morgen sind es Arbeitslose, Behinderte und schließlich sind es Andersdenkende.

Toleranz im Denken und Gewaltfreiheit im Handeln sind die Grundlagen der modernen, demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Wer sie mißachtet, greift die Fundamente unserer Gesellschaft und unseres Staates an.

Der Staat muß sein Gewaltmonopol für alle Menschen einsetzen, die mit uns leben. Sie alle müssen sich bei uns sicher fühlen können: ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, Hautfarbe, ihren Glauben, ihre politische Überzeugung oder ihre soziale Stellung.

Es wäre verheerend, wenn sich bei den BürgerInnen und Bürgern, auch bei unseren Freunden und Nachbarn, der Eindruck festsetzen würde, daß der Staat sein Gewaltmonopol dem rechten Terror gegenüber weniger entschlossen einsetze. Es fehlt nicht an Strafgesetzen. Die bestehenden Gesetze müssen nur konsequent angewendet werden. Das ist eine Frage des Willens. Nicht das Gesetz, sondern das Gewissen muß geschärft werden.

In wenigen Monaten haben die rechtsextremistischen Gewalttäter den in über 40 Jahren erworbenen guten Ruf der Bundesrepublik Deutschland im Ausland ernsthaft beschädigt. Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt schaden unserem Land auch wirtschaftlich: Deutschland als Exportnation ist auf Weltoffenheit und gute Beziehungen zum Ausland angewiesen. Ein großer Teil von Arbeitsplätzen hängt von Aufträgen aus dem Ausland ab. Wir wollen und brauchen das wirtschaftliche Engagement ausländischer Investoren zum Aufbau der neuen Länder.

II.

Polizei und Justiz sind aufgefordert, auch die Gewalttaten von rechts schnell und effektiv zu ahnden. Es muß unmißverständlich deutlich werden, daß in Deutschland niemand andere mit Gewalt bedroht oder ihnen Gewalt antun darf.

Der Generalbundesanwalt muß die Verfahren heute so tatkräftig an sich ziehen, wie es seine Vorgänger zum Beispiel bei der Bekämpfung des Terrors der RAF getan haben. Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt müssen ihren Beitrag zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt leisten. Die Polizei muß in allen Ländern so ausgebildet und ausgerüstet sein, daß sie alle Menschen schützen und ihre körperliche Unversehrtheit garantieren kann. Politische Versäumnisse dürfen nicht auf dem Rücken von Polizeibeamten ausgetragen werden.

III.

Für Gewalt gibt es keine Rechtfertigung, aber Ursachen. Einige dieser Ursachen sind durch politisches Handeln zu beeinflussen. Wir wissen nicht nur aus unserer deutschen Geschichte, daß der Mangel an sozialen Bindungen, daß Benachteiligung, Ungerechtigkeit, die Angst vor sozialem Abstieg und die Sorge um Arbeitsplatz oder Wohnung die Suche nach Sündenböcken fördern und daß sie einen Nährboden für Aggressivität und Gewalt bilden. Die Bundesregierung hat durch ihre falsche Wirtschafts- und ungerechte Sozialpolitik zur wachsenden Ausländerfeindlichkeit wesentlich beigetragen.

Wir müssen die Sorgen der Menschen in unserem Land, die sich benachteiligt und zurückgesetzt fühlen, ernst nehmen. Der wirkungsvollste Beitrag gegen Rechtsextremismus und Gewalt ist eine Politik, für die soziale Gerechtigkeit kein leeres Wort, sondern Handlungsanweisung ist. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Bau von bezahlbaren, menschenwürdigen Wohnungen sind das beste Programm, um der Ausländerfeindlichkeit den Nährboden zu entziehen. Wir müssen in unserem Land wieder für soziale Gerechtigkeit sorgen: Ohne sie gibt es keinen inneren Frieden!

Wir verlangen vom Bundeskanzler:

Beenden Sie die Diskussion über einen von Asylbewerbern verursachten "Staatsnotstand". Wer den Eindruck erweckt, daß er leichtfertig oder gar genau kalkuliert den Bruch der Verfassung zum Instrument der politischen Auseinandersetzung machen will, der verspielt mehr als die eigene Glaubwürdigkeit.

Das Gerede vom Staatsnotstand muß aufhören, damit die demokratischen Parteien sich darüber verständigen können, wie die Zuwanderung in unser Land gesteuert und begrenzt werden kann.

Zum Aufbau einer gerechten Gesellschaft, in der Gewalt, Antisemitismus und Fremdenhaß keinen Platz haben, brauchen wir insbesondere das Engagement der jungen Leute. Heute wenden sich viele zuviele Jugendliche enttäuscht von der Politik ab. Die soziale und moralische Entwurzelung nimmt zu. Einige von ihnen werden auch deshalb anfällig für die Parolen der

neuen rechtsextremistischen Demagogen, weil sie viel zu wenig darüber wissen, daß Rechts-
extremismus und Antisemitismus unser Land schon einmal in die Katastrophe geführt haben.
Wir wollen die jungen Leute wiedergewinnen. Dafür muß eine bessere Politik, muß auch alters-
gerechte Aufklärung die Voraussetzungen schaffen. Schulen, Bildungseinrichtungen und Ju-
gendzentren sind gemeinsam mit Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und Sportverbänden
gefordert.

IV.

Bürgersinn und Zivilcourage sind gefordert.

Teilnahmslose, wegschauende oder offen mit Gewalttätern sympathisierende Zuschauer sind
ein alarmierendes Zeichen dafür, daß in unserer Gesellschaft Maßstäbe verloren gegangen
und Tabus gebrochen sind.

In den vergangenen Wochen sind aber auch Hunderttausende, vor allem junge Menschen auf
die Straße gegangen und haben gegen Haß und Gewalt demonstriert. Das sind hoffnungsvolle
und ermutigende Zeichen.

Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes: Wehren Sie sich im privaten
und im öffentlichen Bereich unmißverständlich gegen alle Anzeichen von Intoleranz, Rassismus
und Gewalt. Alle sind gefordert - die schweigende Mehrheit muß zu einer entschlossenen
Mehrheit werden. Gleichgültigkeit ist der schlimmste Feind der Mitmenschlichkeit. Werben Sie
für Toleranz und Solidarität am Arbeitsplatz, im Kreis von Freunden, im Verein, an den Schulen
und Hochschulen.

Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Medien stehen ebenso in der Pflicht. Wir
müssen gemeinsam zeigen, daß wir die Kraft haben, der Gefährdung des inneren Friedens en-
ergisch und konsequent entgegenzutreten. Bonn ist nicht Weimar.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden unseren Beitrag gegen die neue Bar-
barei leisten. Dazu gehört auch, daß wir uns in den Ortsvereinen verstärkt darum kümmern,
Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende mit Einheimischen aus der Nachbarschaft ins Ge-
spräch zu bringen.

V.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der reichsten Länder der "einen Welt". Wohlstand
verpflichtet. Wir haben die Verantwortung und wir haben die materiellen Möglichkeiten, um
dazu beizutragen, die im vergangenen Jahrzehnt weiter gewachsene Kluft zwischen armen
und reichen Ländern zu verringern und schließlich zu überwinden. Armut und Not sind eine der
wesentlichen Ursachen der weltweiten Wanderungsbewegungen. Unser Auftrag besteht darin,
die Armut zu bekämpfen, nicht die Armen - die Fluchtursachen, nicht die Flüchtlinge.

VI.

Der Wert einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen hat aus ihrer Geschichte gelernt: Demokratie in
Deutschland ist keine Schön-Wetter-Veranstaltung. Wir stehen auch in schwierigen Zeiten für
Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und die Würde aller Menschen.

(-/16. November 1992/rs/ks)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Ulrich Maurer MdL zur Aufgabenstellung der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg: Soziale und ökologische Vorreiterrolle übernehmen.

Seite 1

Klaus Hahnzog MdL zu einer Initiative der SPD im Bayerischen Landtag: Bei Verbrechensbekämpfung nicht die "Oberwelt" ausklammern.

Seite 3

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB zur Tagung des EG-Entwicklungsministerrates am 18. November 1992: Auf Gemeinsamkeit in der Nord-Süd-Politik orientieren.

Seite 4

Dokumentation

Der Beschluß des SPD-Parteitages zur Asylpolitik: Flüchtlingen helfen, Zuwanderung steuern, Gemeinden entlasten.

Seite 4

47. Jahrgang / 222

17. November 1992

Soziale und ökologische Vorreiterrolle übernehmen Zur Aufgabenstellung der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg

Von Ulrich Maurer MdL

Vorsitzender der SPD im Landtag von Baden-Württemberg

Die neue Landesregierung in Stuttgart hat in den ersten Monaten bereits eine Reihe wichtiger Bewährungsproben bestanden und positive Impulse gesetzt. Alles in allem gesehen ist die große Koalition gut aus den "Startblöcken" gekommen. Sie hat gezeigt, daß sie die Lösung der zentralen landespolitischen Aufgaben mit Entschlossenheit angehen will und daß sie auch bereit ist, neue Wege zu beschreiten und eingefahrene parteipolitische Pfade zu verlassen.

Die große Koalition in Baden-Württemberg ist keine Wunschkonstellation, sondern eine das Wahlergebnis vom 5. April 1992 respektierende Notwendigkeit. Neuwahlen wären kein Ausweg in dieser Situation gewesen und so gab es keine Alternative zu der jetzt amtierenden Regierungskoalition - so gravierend die politischen Unterschiede und Vorbehalte nach einem sehr harten Wahlkampf auch waren.

Baden-Württemberg braucht gerade jetzt eine starke und handlungsfähige Regierung, um Sachlösungen für zentrale Problemfelder zu finden, die teilweise schon über Jahre hinweg auch von CDU-Aleinregierungen nicht bewältigt wurden. Hinzugekommen sind große Aufgaben nach der Einheit Deutschlands und der Öffnung Europas. Deshalb ist gerade jetzt eine Regierung unverzichtbar, die sich mit Entschlossenheit an die Lösung der drängenden Sachfragen macht, um in unserem Land Lebensqualität zu gewinnen und den gefährdeten wirtschaftlichen Spitzenplatz zu sichern.

Die für vier Jahre gebildete große Koalition ist aus der Notwendigkeit heraus entstanden, sie ist aber zugleich auch eine große Chance für Baden-Württemberg, um jetzt Strukturreformen anzugehen, die für die Zukunft des Landes prägend sein werden. Wir Sozialdemokraten setzen uns ein für ein Baden-Württemberg, das eine soziale und ökologische Vorreiterrolle in Europa übernimmt. Wir möchten in einem Land leben, in dem sich höchste ökonomische und höchste ökologische Kompetenz miteinander verbinden, damit wir unsere Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand auch für die Zukunft bewahren können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit 100% Recycling-Papier



In einer Situation, da in der Bundesrepublik die Probleberge ständig anwachsen und immer mehr längst überfällige Entscheidungen auf die lange Bank geschoben werden - und wo der Verdruß über dieses Aussitzen täglich stärker wird -, haben wir in Baden-Württemberg keines der strittigen Themen in der Koalitionsvereinbarung ausgeklammert, sondern uns intensiv um Sachlösungen bemüht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Eine Entscheidungsblockade auf vier Jahre hätte dem Land großen Schaden bereitet.

Anstelle einer gefährlichen politischen Lähmungsphase haben sich SPD und CDU in Baden-Württemberg auch in den besonders polarisierten Themenkomplexen verständigt und als Grundlage der Koalitionsregierung Lösungskonzepte für die besonders drängenden Problemfelder vereinbart.

Dies sind in erster Linie:

- die energische Bekämpfung der Wohnungsnot in Baden-Württemberg
- die Lösung der Zuwanderungsproblematik
- die Einführung einer Pflegeversicherung
- die notwendige Reform des Gesundheitswesens
- die Sanierung des Landeshaushaltes durch harte Sparpolitik
- die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg
- eine Reform der Verwaltung zum Abbau bürokratischen Zentralismus und zum Ausbau kommunaler Selbstverwaltung
- Verbesserung der Situation im Bereich der Polizei und im Bildungswesen.

Für Baden-Württemberg, das in so außerordentlich starkem Maß mit der Automobil- und Verkehrsindustrie verbunden ist, wird es entscheidend darauf ankommen, zukunftstaugliche und intelligente Konzeptionen zur Bewältigung der Verkehrsproblematik zu entwickeln und exemplarisch anzuwenden. Ein großer Investitionsbereich der Landesregierung für die kommenden Jahre ist daher der schienen- und öffentliche Personennahverkehr, wo außerordentlich große Anstrengungen unternommen werden sollen.

Die SPD will den Erfolg dieser Landesregierung für Baden-Württemberg, und sie wird die neue Landesregierung mit konstruktiver Loyalität begleiten und unterstützen. Loyalität bedeutet allerdings auch, daß wir darüber wachen und darauf bestehen werden, daß Geist und Inhalt der Koalitionsvereinbarung auf Punkt und Komma eingehalten werden, ohne daß dies den gesunden Wettbewerb um die besten Lösungsvorschläge ausschließen darf.

Die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg stellt sich dieser Aufgabe gerne. Ich bin voller Zuversicht, daß die Kombination aus tatsächlicher gemeinsamer Problembewältigung und Ideenkonkurrenz um die besten Zukunftskonzeptionen den größten Nutzen für Baden-Württemberg und die hier lebenden Menschen bringen wird.

(-/17. November 1992/rs/ks)
